



## Eingriffe von außen zur Regelung politischer Krisen



Autor : Michel Foucher

Die Geschichte der Interventionen nach dem 11. September 2011 zeigt, dass jeder Fall anders liegt und jede Intervention von außen unter anderen Bedingungen und vor einem anderen Hintergrund erfolgte. Michel Foucher, Geograph und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Robert Schuman Stiftung, analysiert und vergleicht in seiner Studie die verschiedenen Interventionen zur Lösung geopolitischer Krisen (Irak, Libyen, Syrien, Afghanistan, Mali...). Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass trotz der unterschiedlichen Ausgangssituationen und Hintergründe gewisse gemeinsame Charakteristiken festgehalten werden können (alle Interventionen fanden zum Beispiel in Ländern oder Gebieten statt, die zwischen 3 und 6 Flugstunden von Brüssel entfernt liegen).

[Fortsetzung](#)

### Übersicht

**Finanzkrise** : EZB - OECD - Portugal - Rumänien - Großbritannien - Ukraine  
**Diplomatie** : Rat **Parlament** : Bezahlung - Bankenunion - Vereinfachung - Rechte/Urheber - Flugpassagiere - Kennzeichnung - Klima - Arbeit  
**Deutschland** : Türkei - Verteidigung - Handel - Deutschland/Frankreich - EU/Rechtsprechung **Zypern** : Wiedervereinigung? **Dänemark** : Umbildung  
**Spanien** : Kanal/Panama **Frankreich** : Norwegen **Italien** : Demokratie/EU  
**Litauen** : Präsidentschaftswahlen - Deutschland **Großbritannien** : Schottland  
**Schweiz** : Einwanderung **Ukraine** : Abstimmung/EU-Parlament - Polen - Spannungen - Litauen **Eurostat** : Öffentliches Defizit **Eurobarometer** : Korruption  
**Berichte/Studien** : Antikorruption - Cyberkriminalität - Verteidigung - Klima - Justiz  
**Kultur** : Kinofilme - Mendelssohn - Ausstellung/Amsterdam - Ausstellung/Zürich - Ausstellung/Wien - Ausstellung/London

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

### Finanzkrise :

#### Keine Deflation in der Eurozone laut EZB



Am 6. Februar 2014 gab die EZB bekannt, dass die Leitzinsen im Euroraum wie erwartet unverändert bleiben werden. Der EZB-Rat beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 0,25 Prozent, wie die EZB mitteilte. Auch der Spitzenrefinanzierungssatz und der Satz für Bankeinlagen bei der EZB blieben unverändert bei 0,75 und null Prozent. In der Eurozone lag die Inflationsrate zuletzt bei 0,7 Prozent, weit unterhalb der von der Zentralbank angestrebten Marke von knapp zwei Prozent. Wegen der niedrigen Inflation hatte die EZB im November 2013 den Leitzins auf das Rekordtief von 0,25 Prozent gesenkt. Ein dauerhafter Verfall der Preise, die sogenannte Deflation, gilt als gefährlich, weil Unternehmen nicht mehr investieren und

Privathaushalte nicht mehr konsumieren. Japan hat rund 15 Jahre darunter gelitten. "Es gibt keine Deflation", sagte Draghi nach der Sitzung des EZB-Rats. Allerdings werde die Inflationsrate für längere Zeit gering bleiben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Jährliche Inflationsrate der OECD-Länder durchschnittlich bei 1,6% im Dezember 2013



Am 4. Februar 2014 gab die OECD bekannt, dass die jährliche Inflationsrate sämtlicher OECD-Länder seit Dezember 2012 leicht auf 1,6% gestiegen sei. Die Erhöhung ist laut OECD in erster Linie auf höhere Preise für Energie zurück zu führen. Für die Eurozone gab es einen Anstieg auf 0,9% im Dezember 2013 (0,8% im November 2013). Innerhalb der EU-Länder ist der Inflationsanstieg in Deutschland entscheidend (von 1,3% auf 1,4%). In Frankreich und Italien blieb die Inflationsrate unverändert (0,7%), in Großbritannien ging die Inflation leicht zurück (von 2,1% auf 2%)... [Fortsetzung](#)

### Neue Sparmaßnahmen in Portugal



Die Abgeordneten des portugiesischen Parlaments stimmten am 7. Februar 2014 für den Nachtragshaushalt 2014, der niedrigere Renten vorsieht ab einer Rente von 1000 Euro im Monat und höhere Beitragszahlungen für die Krankenversicherung für Beamte. Durch diese Maßnahmen sollen die Einsparziele trotz der Entscheidung des portugiesischen Verfassungsgerichts erreicht werden, das im Dezember 2013 entschieden hatte, dass die ursprünglichen Vorhaben (Absenkung der Pensionen für Beamte um 10% ab einem Anspruch von 600 Euro im Monat) verfassungswidrig seien... [Fortsetzung](#)

### Schlussfolgerungen von IWF und EU-Kommission nach Beendigung des Rumänienbesuchs



Vom 21. Januar bis zum 4. Februar 2014 hielt sich eine Expertendelegation des IWF und der EU-Kommission in Bukarest auf, um die wirtschaftliche Lage Rumäniens zu prüfen. Nach Meinung der Experten hat Bukarest die Ziele in Bezug auf den Abbau des Defizits erreicht. Die meisten Kriterien seien Ende Dezember erfüllt gewesen und die geforderten Strukturreformen würden umgesetzt oder seien bereits umgesetzt worden. Die Bemühungen zur Verkleinerung der Anzahl staatlicher Unternehmen sind derzeit ausgesetzt, es wurden jedoch Aktivitäten gestartet, um den Prozess wieder neu zu beleben. Die Währungspolitik wurde positiv bewertet und wird nach Ansicht der Experten dazu führen, dass das Land das Vertrauen der Finanzmärkte zurück gewinnen und neue Kredite erhalten kann... [Fortsetzung](#)

### Die Bank of England lässt Leitzins in Höhe von 0,5% unverändert



Am 6. Februar 2014 entschied die Bank of England, den Leitzins unverändert bei 0,5% zu belassen. Seit dem 5. März 2009 liegt der Leitzins bei 0,5%, zu diesem Zeitpunkt war er um 0,5 Punkte gesenkt worden... [Fortsetzung](#)

### Ukraine: Zentralbank senkt offiziellen Wechselkurs



Am 7. Februar 2014 senkte die ukrainische Zentralbank erstmals seit 1,5 Jahren den offiziellen Wechselkurs zum Dollar. Der offizielle Wechselkurs beträgt nun laut verfügbaren Angaben auf der Internetseite der Zentralbank 8,70 Hrywnia für einen Dollar, gegenüber dem zuvor seit Juli 2012 gültigen Wechselkurs 7,99 Hrywnia für einen Dollar ... [Fortsetzung](#)

### Diplomatie :

#### Ergebnisse des Ratstreffens Auswärtige Beziehungen : Ukraine, Zentralafrika, Kuba



Am 10. Februar 2014 diskutierten die 28 EU-Außenminister die Lage in der Ukraine. Sie äußerten ihre große Besorgnis angesichts der Gewalt, Verschleppung von Aktivisten, Folter und Einschüchterung. Sie riefen die Demonstranten zu friedlichem Protest auf und sie forderten von den Verantwortlichen, die Grundrechte der ukrainischen Bürger zu respektieren und sie zu schützen. Die EU-Außenminister legten darüber hinaus den Verhandlungsrahmen fest zur Aushandlung eines bilateralen Abkommens zum politischen Dialog und zur

Zusammenarbeit mit Kuba. Als weiterer Beschluss einigten sich die Minister auf die Schaffung einer neuen Militäroperation namens EUFOR RCA für Zentralafrika, die dort für Sicherheit sorgen soll. Im Hinblick auf den 25. Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen erklärten die Minister ihre Unterstützung im Kampf für die weltweite Geltung der Menschenrechte... [Fortsetzung](#)

## Parlament :

### SEPA: EU-Abgeordnete stimmen für längere Übergangsfrist



Am 4. Februar 2014 stimmten die EU-Abgeordneten für eine längere Übergangsfrist für Banken und Unternehmen in Europa zur Umstellung auf das neue SEPA-Verfahren. Die Frist wurde bis zum 1. August 2014 verlängert. Die neue Frist wurde eingeräumt, um Zahlungsprobleme zu verhindern, die aufgrund einer verspäteten Umstellung erfolgen könnten... [Fortsetzung](#)

### Bankenaufhebungsmechanismus: Unterstützung der Parlamentsrepräsentanten



Am 6. Februar 2014 stimmten die EU-Abgeordneten mehrheitlich mit 441 Stimmen bei 141 Gegenstimmen und 173 Enthaltungen für die Vorschläge der Parlamentsunterhändler zum europäischen Bankenaufhebungsmechanismus im Rahmen der geplanten Bankenunion. Die Verhandlungen zwischen Parlament und Mitgliedstaaten werden weitergehen, da unterschiedliche Ansichten zum Aufhebungsmechanismus bestehen. Der Aufhebungsmechanismus ist der letzte Schritt auf dem Weg zur europäischen Bankenunion. Das Parlament lehnt es ab, dass der Mechanismus auf einem Vertrag zwischen den Mitgliedsländern basieren soll und dass die Regierungen der Mitgliedsländer das letzte Wort haben sollen. Dies soll nach Ansicht des Parlaments die Kommission haben. Darüber hinaus wird die zehnjährige Frist zum Aufbau des Rettungsfonds als zu lang angesehen. Dieser soll mit 55 Milliarden Euro ausgestattet werden... [Fortsetzung](#)

### Weniger Bürokratie bei Niederlassung in anderem EU-Land



Am 4. Februar 2014 stimmten die EU-Abgeordneten mehrheitlich mit 573 Stimmen bei 62 Gegenstimmen und 44 Enthaltungen für einen Gesetzestext, der bürokratische Vereinfachungen im Falle des Umzugs in ein anderes EU-Land vorsieht. Die Vereinfachungen sollen Bürgern und Unternehmen zugute kommen. Gewisse Dokumente sollen nicht mehr übersetzt und notariell beglaubigt werden müssen (Geburtsurkunden und Heiratsurkunden). Die Mitgliedsländer müssen dem Vorschlag noch zustimmen... [Fortsetzung](#)

### Urheberrechte stärken



Am 4. Februar 2014 stimmten die EU-Abgeordneten mehrheitlich mit 640 Stimmen bei 18 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen für neue Maßnahmen zur Stärkung der Urheberrechte für Musikdateien im Netz. Die Maßnahmen sollen zu besserem Schutz der Urheberrechte und zu schnellerer Bezahlung des Rechteinhabers führen. Der Text soll darüber hinaus zu einer breiteren Auswahl an Musikanbietern führen und so den Interessen der europäischen Verbraucher dienen... [Fortsetzung](#)

### Mehr Rechte für Flugpassagiere



Die EU-Abgeordneten stimmten am 5. Februar 2014 mit 580 Stimmen bei 41 Gegenstimmen und 48 Enthaltungen für neue Vorgaben zur Stärkung der Rechte von Flugreisenden. Bürger, die einen Flug gebucht haben, sollen leichter Entschädigungen erhalten und besser informiert werden. Fluggesellschaften sollen verpflichtet werden, an Flughäfen Kontaktpunkte einzurichten, an denen die Reisenden über ihre Rechte und das Verfahren bei Beschwerden informiert werden, wie auch über Entschädigungen oder Ersatzflüge... [Fortsetzung](#)

### Strengere Kennzeichnungspflicht für Herkunft von Fleisch



In einer nicht bindenden Resolution stimmten die EU-Abgeordneten am 6. Februar 2014 für einen Vorschlag der EU-Kommission, der als neue Regelung zur Kennzeichnung von Schweinefleisch vorsieht, die Angabe der Aufzucht in einem EU-Mitgliedsland unter die Bedingung zu stellen,

dass das Tier 4 Monate in einem EU-Land lebte. Die EU-Abgeordneten forderten die Union auf, sich an den strengeren geltenden Regeln für Rindfleisch zu orientieren und diese auf die anderen Fleischsorten (Huhn, Schwein etc.) auszuweiten, egal ob frisch oder tiefgefroren... [Fortsetzung](#)

### Kampf gegen Klimawandel



Die EU-Abgeordneten stimmten am 5. Februar 2014 mit 341 Stimmen bei 263 Gegenstimmen und 26 Enthaltungen für eine nicht bindende Resolution, die die EU-Mitgliedsländer auffordert, ihre CO2-Emissionen auf 40% zu reduzieren und 30% des Energiebedarfs aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen, sowie die Energieeffizienz bis 2013 um 40% zu erhöhen. Nach Meinung der Mehrheit der EU-Abgeordneten sollten die Festlegungen verpflichtend sein... [Fortsetzung](#)

### EU-Parlament stärkt Rechte von Saisonarbeitern



Am 5. Februar 2014 stimmte Mehrheit der EU-Abgeordneten mit 498 Stimmen bei 56 Gegenstimmen und 68 Enthaltungen für einen Text, der einen besseren Schutz von Saisonarbeitern aus Drittländern vorsieht. Den neuen Regelungen entsprechend sollen Saisonarbeiter adäquat untergebracht und ihre Arbeitszeit begrenzt werden. Durch die neuen Regelungen soll Ausbeutung verhindert und sichergestellt werden, dass Saisonarbeit nicht zu einer dauerhaften Arbeit wird. Jährlich kommen laut Angaben der EU-Kommission über 100 000 Saisonarbeiter in die EU... [Fortsetzung](#)

### Deutschland :

#### Gemeinsame Pressekonferenz der Bundeskanzlerin und des türkischen Premierministers



Am 4. Februar 2014 traf der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan in Berlin Bundeskanzlerin Angela Merkel. Inhalt der Gespräche waren unter anderem die für den 30. März 2014 geplanten Regionalwahlen in der Türkei, die nach Aussage Erdoğan's ein Test für die Regierung darstellten. Erdoğan zog eine positive Bilanz seiner Regierungsarbeit. Er bat die Kanzlerin um intensive Unterstützung in den Beitrittsgesprächen mit der EU. Bundeskanzlerin Angela Merkel wollte sich nicht auf eine zeitliche Perspektive für einen Beitritt der Türkei festlegen. Die Gespräche würden "ergebnisoffen" geführt. Die Kanzlerin betonte unter anderem die notwendige Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Bundesverteidigungsministerin besucht Bundeswehr in Mali



Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen reiste am 6. Februar 2014 zu den deutschen Soldaten, die in Mali stationiert sind, einen Tag nach dem Regierungsbeschluss, das dortige Truppenkontingent von 180 auf 250 Soldaten aufzustocken. Der Bundestag muss der Aufstockung noch zustimmen. Ursula von der Leyen fordert ein verstärktes Engagement Deutschlands im Ausland: "Wir haben die Kapazitäten, neue Aufgaben zu übernehmen". Ziel der Aufstockung ist unter anderem eine Unterstützung Frankreichs, dessen Soldaten derzeit in Mali und in Zentralafrika im Einsatz sind... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Außenhandelsaldo Deutschlands erreicht neuen Rekordwert



Am 7. Februar 2014 gab das Statistische Bundesamt (Destatis) bekannt, dass das Außenhandelsaldo Deutschlands 2013 einen neuen Rekordwert erreicht habe. Die Außenhandelsbilanz schloss im Jahr 2013 mit einem Überschuss von 198,9 Milliarden Euro ab. Das war der höchste Wert seit der Erhebung der Außenhandelsstatistik im Jahr 1950. Im Jahr 2012 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz 189,8 Milliarden Euro betragen. Der bisher höchste Ausfuhrüberschuss von 195,3 Milliarden Euro wurde im Jahr 2007 nachgewiesen... [Fortsetzung](#)

#### Für Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätze in Europa



Die Vorsitzenden der zwei großen Arbeitgeberverbände in Deutschland und Frankreich, Pierre Gattaz (Medef) und Ulrich Grillo (BDI) trafen sich am 5. Februar 2014 in Paris, um im Hinblick auf den deutsch-französischen Ministerrat am 19. Februar 2014 und vor dem



Europäischen Rat am 20. und 21. März eine gemeinsame Erklärung zu veröffentlichen. Diese enthält zahlreiche Empfehlungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa: Senkung der Arbeitskosten, eine gemeinsame Energiepolitik, leichtere Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen und Senkung der Bürokratiekosten. Zudem fordern die Verbände mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung in Europa, Vollendung des Binnenmarkts und substantielle Fortschritte bei der Öffnung der Weltmärkte für europäische Produkte... [Fortsetzung](#)

#### Bundesverfassungsgericht legt Verfahren dem Europäischen Gerichtshof vor



Das Bundesverfassungsgericht legt den Beschluss der EZB über den Ankauf von Staatsanleihen (OMT) dem EuGH zur Prüfung vor, wie das Gericht am 7. Februar 2014 bekannt gab. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts, dass die Karlsruher Richter dem EuGH eine Rechtsfrage zur Prüfung vorlegen. Laut EZB-Beschluss ist vorgesehen, dass die Notenbank Staatsanleihen ausgewählter Mitgliedstaaten in theoretisch unbegrenzter Höhe ankaufen darf. Zentralbanken sollen Staaten nicht direkt mit Krediten versorgen. Das Verbot soll die Währung schützen und stabil halten. Aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts sprechen "gewichtige Gründe" dafür, dass das EZB-Programm "gegen das Verbot monetärer Haushaltsfinanzierung verstößt". Der EuGH soll entscheiden, ob die EZB im Rahmen ihres Mandats handelte oder nicht... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Zypern :

##### Neue Verhandlungen zur Wiedervereinigung Zyperns



Der zypriotische Präsident Nicos Anastasiades und Dervis Eroglu, der den Nordteil der Insel regiert, trafen sich am 11. Februar 2014, um die Verhandlungen für eine mögliche Wiedervereinigung Zyperns wieder aufzunehmen. Zypern ist seit 1974 geteilt. Beide Seiten einigten sich auf einen Fahrplan für die Verhandlungen, der bereits mehrere Monate diskutiert worden war... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Dänemark :

##### Kabinettsumbildung in Dänemark



Die dänische Premierministerin, Helle Thorning-Schmidt, gab am 3. Februar 2014 ihre Kabinettsumbildung und die Namen der neuen Minister bekannt. Die Kabinettsumbildung war notwendig geworden, nachdem 6 sozialistische Minister ihren Rücktritt bekannt gegeben hatten aus Protest gegen den Plan des Finanzministeriums, die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs beim staatlichen Energiekonzern Dong Energy einsteigen zu lassen. Helle-Thorning Schmidts Sozialdemokraten besetzen nach der Umbildung nun 13 der insgesamt 20 Ministerposten, die sozialliberalen Radikalen werden 7 Ministerposten besetzen. Der bisherige Energieminister Martin Lidegaard wird neuer dänischer Außenminister, Morten Østergaard, bisheriger Bildungs- und Wissenschaftsminister, wird neuer Finanzminister... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Spanien :

##### Bau und Verhandlungen über Ausbau des Panamakanals gestoppt



Die Arbeiten an der Erweiterung des Panamakanals ruhen seit dem 5. Februar 2014, nachdem die mehrmals verlängerten Verhandlungen zwischen der Kanalverwaltung und dem internationalen Baukonsortium über die Finanzierung von massiven Kostenüberschreitungen ergebnislos abgebrochen worden sind. Der Chef der Kanalbehörde spricht von Erpressung, Panamas Präsident Martinelli von Verantwortungslosigkeit. Das von der spanischen Sacyr angeführte Konsortium gibt sich gemässigter; es bestreitet, die Arbeiten definitiv eingestellt zu haben, und schliesst eine Einigung nicht aus. Bei dem Streit um Mehrkosten geht es um 1,6 Milliarden Dollar, deren Zahlung die Kanalbehörde verweigerte. Der Ausbau des Kanals soll größeren Schiffen die Durchfahrt ermöglichen... [Fortsetzung](#)

#### Frankreich :

##### Treffen zwischen François Hollande und Erna Solberg

Die norwegische Premierministerin Erna Solberg traf am 3. Februar 2014 während ihres Frankreichaufenthalts unter anderem den französischen Staatspräsidenten François Hollande und den



Generalsekretär der OECD, Angel Gurría. François Hollande und Erna Solberg betonten die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Norwegen und äußerten die Absicht, die Energiepartnerschaft weiter auszubauen. Außenpolitische Themen und Möglichkeiten zur Krisenlösung für die Ukraine wurden ebenfalls erörtert. Mit Angel Gurría erörterte Erna Solberg die Möglichkeit, die OECD stärker bei den aktuellen Reformen in Norwegen einzubeziehen, insbesondere in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit und Förderung von Wachstum und Beschäftigung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Italien :

##### Giorgio Napolitano fordert ein demokratisches Europa zur Überwindung der Krise



Am 4. Februar 2014 besuchte der italienische Präsident Giorgio Napolitano das Europaparlament in Straßburg und sprach vor den EU-Abgeordneten. Er sagte, die neue Mission der EU sei es, in einer globalisierten Welt als vereinte Nation aufzutreten. In seiner Rede sagte Präsident Napolitano, dass Europa heute einen Moment der Wahrheit erlebe. Entschieden werde die Zukunft der europäischen Integration. EU-Bürger entfernten sich vom europäischen Integrationsprozess, diagnostizierte Napolitano. Die EU-Institutionen hätten zu zögerlich in der dramatischen Krise gehandelt, aber glücklicherweise würde sich die Union nun vorwärts bewegen und Fehler korrigieren. Napolitano forderte einen politischen Raum und eine echte europäische Debatte, die die demokratische Teilhabe der Bürger garantiert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Litauen :

##### Litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė kandidiert erneut



Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė gab am 3. Februar 2014 in einer Fernsehansprache bekannt, dass sie erneut im Mai 2014 für das Amt der Präsidentin kandidieren wird. "Ich habe entschieden, dass ich für Sie arbeiten möchte und ich werde als unabhängige Kandidatin bei den kommenden Präsidentschaftswahlen kandidieren", so Grybauskaitė in einer Ansprache im öffentlichen Fernsehen. Die Entscheidung ist keine Überraschung. Grybauskaitė gilt als Favoritin bei den kommenden Wahlen; seit mehreren Monaten liegt ihre Zustimmungquote bei fast 40%... [Fortsetzung](#)

##### Dalia Grybauskaitė trifft Angela Merkel in Erfurt



Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė traf am 8. Februar 2014 in Erfurt Bundeskanzlerin Angela Merkel. Grybauskaitė wurde als Ehrengast auf der CDU-Vorstandsklausur in Erfurt empfangen. Merkel und Grybauskaitė sprachen über eine Stärkung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen in Wirtschaft und Handel, wie auch über Sicherheitsfragen und eine mögliche Einführung des Euro in Litauen bis 2015. Die Östliche Partnerschaft der EU war ebenso Inhalt der Gespräche... [Fortsetzung](#)

#### Großbritannien :

##### David Cameron appelliert an Schottland, weiter Mitglied Großbritanniens zu bleiben



Der britische Premierminister David Cameron hielt am 7. Februar 2014 in London eine Rede, in der er an Schottland appellierte, Großbritannien nicht zu verlassen und bei dem für den 18. September 2014 geplanten Referendum nicht für den Austritt zu stimmen. Cameron betonte "die Macht der Zusammenarbeit", das wirtschaftliche Gewicht Großbritanniens in der Welt und die gemeinsamen Werte Schottlands und des übrigen Großbritanniens. Cameron rief alle Briten dazu auf, eine klare Botschaft an Schottland zu senden und sich für den Zusammenhalt auszusprechen... [Fortsetzung](#)

#### Schweiz :

##### Schweizer stimmen mit "ja" für restriktivere Einwanderung

Am 9. Februar 2014 stimmten die Schweizer in einem Referendum für eine Begrenzung der Einwanderungszahlen für europäische Einwanderer. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,8%. Der Vorschlag zur Begrenzung wurde mit einer knappen Mehrheit in Höhe von 50,3% der



Stimmen angenommen. Die Schweizer Regierung gab am gleichen Tag bekannt, dass sie sofort mit den Arbeiten zur Umsetzung des Abstimmungsergebnisses beginnen wolle... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

#### Ukraine: EU-Abgeordnete fordern konkrete Maßnahmen



In einer nicht bindenden Resolution forderten die EU-Abgeordneten am 6. Februar 2014 die Mitgliedsländer der EU auf, den diplomatischen Druck auf die Ukraine zu erhöhen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, wie das Einfrieren von Privatguthaben von Personen, die im Zusammenhang mit dem Tod oder dem Festhalten von Demonstranten stehen. Die EU-Abgeordneten forderten finanzielle Unterstützung für die Ukraine und die sofortige und bedingungslose Freilassung sämtlicher Demonstranten, wie auch ihre politische Rehabilitierung, inklusive Julia Timoschenko. Zum Zeitpunkt der Abstimmung sagte die Hohe Repräsentantin Catherine Ashton jedoch, dass die Union derzeit nicht plane, Sanktionen gegen die Ukraine zu erheben. Die EU-Abgeordneten forderten von Russland, die Souveränität der ukrainischen Bürger zu respektieren in Bezug auf ihre politische Orientierung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Polen als europäischer Vermittler in ukrainischer Krise



Der polnische Premierminister Donald Tusk setzte seine Tournee durch die europäischen Hauptstädte fort, die seit dem 29. Januar 2014 andauert. Tusk möchte einen Lösungsvorschlag für die ukrainische Krise mit seinen europäischen Partnern erarbeiten. Am 3. Februar 2014 reiste er nach Tallin, um dort seine Amtskollegen aus Estland, Lettland und Litauen zu treffen. Danach setzte er die Reise in Richtung Stockholm fort, wo er den schwedischen Premierminister Fredrik Reinfeldt und den finnischen Premierminister Jyrki Katainen zu Gesprächen traf. Am 6. Februar 2014 telefonierte Tusk mit ukrainischen Oppositionsführern, um über deren Forderungen im Hinblick auf Verfassungsänderungen und für eine Reform des Wahlrechts zu sprechen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### EU bekräftigt ihre weiter bestehende Bereitschaft zur Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit Kiew



Am 10. Februar 2014 diskutierten die 28 EU-Außenminister die politische Lage in der Ukraine. Die Minister zeigten sich besorgt angesichts der politischen Krise. Sie appellierten an die ukrainischen Verantwortlichen, die Grundrechte der Bürger zu achten. Die EU ist nach Aussage der Minister noch immer bereit, das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zu unterzeichnen. Die EU könne außerdem die Ukraine bei politischen und wirtschaftlichen Reformen unterstützen. Europa und die USA würden gemeinsam an einem Lösungsvorschlag arbeiten. Angela Merkel hatte am 8. Februar 2014 über ihre Sprecherin mitteilen lassen, dass die abfällige Äußerung der amerikanischen Diplomatin Victoria Nuland "absolut inakzeptabel" sei und dass Catherine Ashton sehr gute Arbeit leiste. Am 9. Februar 2014 demonstrierten erneut bis zu 70 000 Demonstranten auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew. Sie forderten eine Rückkehr zur Verfassung von 2004, dies hatte auch bereits die Opposition im ukrainischen Parlament gefordert. Am 8. Februar 2014 reiste Viktor Janukowitsch nach Sotschi in Russland, um an der Eröffnung der Winterspiele teilzunehmen. Er traf dort den russischen Präsidenten Vladimir Putin, mit dem er die Lage in der Ukraine diskutierte. Moskau hat entschieden, keine Wirtschaftshilfe an Kiew zu zahlen, bis ein neuer Premierminister nominiert ist... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

#### Ukrainischer Regierungsgegner Dmitri Bulatow zur Behandlung in Litauen



Am 4. Februar 2014 reiste der vermutlich durch Folter schwer verletzte ukrainische Regierungsgegner Dmitri Bulatow zur ärztlichen Behandlung nach Litauen. Dmitri Bulatow ist nach eigenen Angaben von "Russisch sprechenden Folterern" misshandelt worden. Unter Folter habe er vor einer Kamera aussagen müssen, dass er ein US-Spion sei und Geld aus den USA für die Proteste in der Ukraine erhalten habe, sagte Bulatow auf seiner ersten Pressekonferenz im litauischen Vilnius am 6. Februar 2014. Die litauischen Behörden bestätigten, dass Bulatow gefoltert wurde. Der litauische Außenminister Linas Linkevicius rief die EU auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Verschleppung, Folter

und unmenschliche Behandlung der friedlichen Demonstranten in der Ukraine zu verhindern. Nach Ansicht des Außenministers muss die EU von Kiew verlangen, dass eine unabhängige Untersuchung durchgeführt wird und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden... [Fortsetzung](#)

#### Eurostat :

##### Öffentliches Defizit: 3,1% in der Eurozone und 3,5% in der EU



Im 3. Quartal 2013 betrug das öffentliche Defizit nach saisonal bereinigten Werten in der Eurozone nach Angaben von Eurostat vom 3. Februar 2014 3,1% des BIP. Entsprechend der erstmals von Eurostat veröffentlichten Angaben ging das Defizit im Vergleich zum 2. Quartal 2013 zurück, wo es bei 3,3% lag. Die Angaben beziehen sich auf die Eurozone mit 17 Euroländern, da Lettland erst seit dem 1.1.2014 Mitglied der Eurozone ist... [Fortsetzung](#)

#### Eurobarometer :

##### Die Europäer und die Korruption



Eurobarometer veröffentlichte am 3. Februar 2014 eine Studie zur Haltung der europäischen Bürger in Bezug auf Korruption. 76% der Befragten gehen davon aus, dass Korruption weit verbreitet ist. 65% der Befragten glauben, dass die Korruption in ihrem Land während der letzten 3 Jahre zugenommen hat. 8% der Befragten gaben an, im Laufe des letzten Jahres Zeuge oder Tatbeteiligter einer Korruption gewesen zu sein... [Fortsetzung](#)

#### Berichte/Studien :

##### Veröffentlichung des ersten Anti-Korruptionsberichts der EU



Am 3. Februar 2014 veröffentlichte die EU-Kommission ihren ersten Antikorruptionsbericht der EU, aus dem hervorgeht, dass Korruption ein Problem sämtlicher EU-Mitgliedsländer ist und jährlich Kosten von bis zu 120 Milliarden Euro verursacht. Die Mitgliedstaaten haben zwar in den zurückliegenden Jahren Maßnahmen im Kampf gegen Korruption ergriffen, die Ergebnisse sind jedoch uneinheitlich und es sind zusätzliche Anstrengungen notwendig, um verstärkt Korruption vorzubeugen und diese zu bestrafen. Der Bericht stellt verschiedene Ausformungen möglicher Korruption dar, das Niveau der Verbreitung von Korruption, wie auch die Wirksamkeit verschiedener Gegenmaßnahmen in den einzelnen EU-Ländern... [Fortsetzung](#)

##### Europäisches Zentrum gegen Cyberkriminalität wird 1 Jahr alt



Das Europäische Zentrum gegen Cyberkriminalität präsentierte am 10. Februar 2014 seinen Rechenschaftsbericht über die Aktivitäten seit Beginn seiner Tätigkeit im Januar 2013. Das Zentrum soll dazu beitragen, europäische Bürger und Unternehmen vor Cyberangriffen zu schützen... [Fortsetzung](#)

##### Militärisches Gleichgewicht 2014



Das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) stellte am 5. Februar 2014 in London seinen Jahresbericht vor mit dem Titel "Militärisches Gleichgewicht 2014" ("The Military Balance 2014"). Im Bericht werden die Verteidigungskapazitäten von 171 Ländern dargestellt, darüber hinaus enthält der Bericht Studien zur Entwicklung bewaffneter Konflikte weltweit. Graphiken und vergleichende Statistiken zu wirtschaftlichen Aspekten im Bereich Verteidigung sind ebenso im Bericht enthalten, wie auch wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu den Bereichen Infanterie, Marine und Flugverkehr... [Fortsetzung](#)

##### 2013 laut Uno-Schätzungen sechstwärmstes Jahr seit 1850



Uno-Schätzungen zufolge geht das vergangene Jahr als sechstwärmstes seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in die Geschichtsbücher ein. Die zu Land und Wasser gemessene globale Durchschnittstemperatur habe 2013 etwa 0,5 Grad über dem Mittelwert der Jahre 1961 bis 1990 gelegen, teilte die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) am 5. Februar 2014 in Genf mit. Den sechsten Platz teilen sich die Jahre 2013 und 2007, jedoch ohne Berücksichtigung der Phänomene El Niño / El



Niña, die für eine Erwärmung oder Abkühlung verantwortlich gemacht werden...  
Fortsetzung

### Bericht zur Umsetzung der gemeinsamen Vorschriften zum Freiheitsentzug



Die gemeinsamen Vorschriften in Bezug auf den Freiheitsentzug wurden zwar einstimmig von den Mitgliedstaaten angenommen, jedoch laut einem am 5. Februar 2014 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Bericht nur in rund der Hälfte der 28 EU-Mitgliedstaaten umgesetzt. In dem Bericht wird die Umsetzung der drei getrennten EU-Rahmenbeschlüsse zu 1) der Überstellung von Gefangenen, 2) Bewährungsstrafen und alternativen Sanktionen und 3) der Europäischen Überwachungsanordnung untersucht. Aufgrund der drei EU-Rechtsvorschriften können Freiheitsstrafen, Bewährungsentscheidungen oder alternative Sanktionen und Überwachungsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren in einem anderen EU-Land als dem, in dem der Betreffende verurteilt wurde oder auf sein Gerichtsverfahren wartet, vollstreckt werden. Die Kommission fordert daher alle säumigen Mitgliedstaaten zu einer raschen und vollständigen Umsetzung dieser EU-Vorschriften auf... [Fortsetzung](#)

### Kultur :

#### Auswahl an Filmen über Online-Plattformen erweitern, um illegale Downloads einzuschränken



Nach einer neuen Studie der Europäischen Kommission über das Zuschauerverhalten nutzen fast 70 % der Europäer – legal oder illegal – Film-Downloads oder Streams, ohne dafür zu bezahlen. Der Studie zufolge sehen außerdem 40 % der Besitzer von Smartphones und mehr als 60 % der Besitzer von Tablets Filme auf diesen Geräten. Dies sei nicht überraschend, so die Studie, denn trotz des generell großen Zuschauerinteresses an Filmen ist das nächste Kino oft relativ weit entfernt, und die Auswahl an Kinofilmen ist häufig ziemlich begrenzt. Deshalb wird angeregt, dass die europäische Filmbranche durch die Nutzung verschiedener Arten gewinnbringender Online-Plattformen höhere Einnahmen erzielen und damit mehr Filme verfügbar machen sowie neue Zuschauerkreise erreichen könnte. Das Unterprogramm MEDIA des Programms Kreatives Europa wird in den nächsten sieben Jahren 2000 Kinos und 800 europäische Filme fördern... [Fortsetzung](#)

#### Neueröffnung des Felix Mendelssohn-Hauses in Leipzig



Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten, die über 10 Monate andauerten, und Investitionen in Höhe von 1,5 Millionen Euro hat am 3. Februar 2014 in Leipzig das Mendelssohn-Haus neu eröffnet. Rund 600 Quadratmeter mehr Ausstellungsfläche erwarten die Besucher. Durch die Umbauarbeiten ist nun auch das Erdgeschoß des Mendelssohn-Hauses mit dem Treppenhaus Teil des Museums, das über Leben und Werk des Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy (1809-1847) informiert. Zur Neueröffnung sind neue Ausstellungsobjekte zu sehen, unter anderem ein handgemaltes Aquarell des Komponisten... [Fortsetzung](#)

#### Félix Vallotton. Feuer unter dem Eis



Das Van Gogh Museum in Amsterdam zeigt vom 14. Februar bis zum 1. Juni 2014 die Ausstellung: "Félix Vallotton. Feuer unter dem Eis." Die Ausstellung umfasst Gemälde und Radierungen aus verschiedenen Museen und Privatsammlungen, die einen Einblick in sämtliche Facetten des künstlerischen Werkes bieten... [Fortsetzung](#)

#### Von Matisse zum Blauen Reiter - Expressionismus in Deutschland und Frankreich



Das Kunsthaus Zürich widmet dem Expressionismus in Deutschland und Frankreich eine Ausstellung mit dem Titel "Von Matisse zum Blauen Reiter". Die Ausstellung stellt die Entwicklung des Expressionismus dar, der einem kosmopolitischen Geist entsprang und durch internationale Einflüsse geprägt wurde. Im Rahmen der Ausstellung sind über 100 Gemälde und Zeichnungen zu sehen, die aus europäischen und amerikanischen Museen und Privatsammlungen stammen... [Fortsetzung](#)

## Wien-Berlin. Kunst zweier Metropolen



Vom 14. Februar bis zum 15. Juni 2014 zeigt das Belvedere in Wien in Zusammenarbeit mit der Berlinischen Galerie die Ausstellung "Wien-Berlin. Kunst zweier Metropolen". Die Ausstellung widmet sich erstmals den künstlerischen Parallelen, Differenzen und Wechselwirkungen zwischen den beiden Städten und spannt dabei einen Bogen vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur Zwischenkriegszeit. Dieser Zeitraum war von drei großen Strömungen dominiert: Sezessionsbewegung, Expressionismus und Neue Sachlichkeit. Die Ausstellung umfasst Werke von Max Beckmann, Otto Dix, George Grosz, Ernst-Ludwig Kirchner, Gustav Klimt, Oskar Kokoschka, Max Liebermann, Egon Schiele... Insgesamt sind über 200 Werke von 90 Künstlern zu sehen...

Fortsetzung

## Richard Deacon in der Tate Britain in London



Die Tate Britain in London widmet bis zum 27. April 2014 dem britischen Bildhauer und Turner-Preisträger Richard Deacon eine Ausstellung. Das Gesamtwerk Deacons wird anhand von rund 40 Werken erforscht, die in chronologischer Reihenfolge die Karriere des Künstlers vor Augen führen. Die Ausstellung zeigt anhand mittelgroßer und kleiner Skulpturen sowie Zeichnungen die beeindruckende Bandbreite Richard Deacons auf, der jedes Material bearbeiten kann. Im Rahmen der Ausstellung werden zwischen Februar und März 2014 auch drei Seminare zum Werk Deacons angeboten...

Fortsetzung

## Agenda :



10. Februar  
Brüssel  
Ratstreffen Auswärtige Beziehungen



11. Februar  
Brüssel  
Ratstreffen Allgemeine Angelegenheiten



17. Februar  
Brüssel  
Ratstreffen Landwirtschaft und Fischerei

Brüssel  
Treffen der Finanzminister der Eurozone



18. Februar  
Brüssel  
Ratstreffen Wirtschaft und Finanzen

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

## Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Charles de Marcilly ;  
Antonello Cadinu, Claire Darmé, Raphaël Frison, Salomé Larcher, Jelena Isailovic, Victoria de Posson

**Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest**  
**Publikationschef : Pascale Joannin**

Kontakt / Anmerkungen  
[info@robert-schuman.eu](mailto:info@robert-schuman.eu)

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.  
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}